

## „Frieden nicht Apartheid“

Quelle: Neue Osnabrücker Zeitung – 20.03.2012



### **Drei Leserbriefe**

**zum Artikel „Gabriel vergleicht Palästinenser-Politik Israels mit Apartheid“** (Ausgabe vom 16. März).

„Sigmar Gabriel kritisiert Israel, ist er deshalb Antisemit? Die Reaktion auf die Folgerung Gabriels nach einem Besuch in Hebron, in Israel herrsche Apartheid, ist verheerend, da jegliche berechtigte Kritik an dem Staat Israel unerwünscht bleibt. Damit darf Israel alles machen, was es will. Der frühere US-Präsident Jimmy Carter hat nicht rein zufällig sein neues Buch ‚Palästina: Frieden nicht Apartheid‘ betitelt. Ist Carter deshalb Antisemit, weil er schreibt, dass Israel eine Art Apartheid praktiziere? John Dugard, südafrikanischer und Anti-Apartheid-Anwalt, der die palästinensischen Gebiete als Sonderberichterstatte für Palästina regelmäßig besuchte, um die Situation der Menschenrechte für den UN-Menschenrechtsrat zu beurteilen, stellt fest, dass es in Israel viele der schlimmsten Züge der Apartheid gibt. Ist er Antisemit? Und wer soll es besser wissen als der südafrikanische Nobelpreisträger Desmond Tutu, wenn er auch meint, dass Israel einen Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser führt und ein Apartheidsystem verwaltet, das noch schlimmer sei, als das Apartheidsystem in Südafrika je war?

Fakt ist: Israel verfügt über zwei unterschiedliche Rechtssysteme, baut winzige Enklaven zur Isolierung von Palästinensern und demütigt die Zivilbevölkerung mit Militärverordnungen. Damit erfüllt Israel alle Anforderungen und Kriterien von Apartheid.“

### **Nazih Musharbash**

*Deutsch-Palästinensische Gesellschaft – Regionalgruppe Osnabrück - Bad Iburg*

„Gabriels Vergleich der Siedlungspolitik Israels mit der Apartheid-Politik ist absolut nicht singulär und kommt auch aus Israel selbst. So schrieb Alon Liel, ehemaliger israelischer Botschafter in Südafrika und Generaldirektor des israelischen Außenministeriums, am 27. Dezember 2011 in der ‚Süddeutschen Zeitung‘ unter der Überschrift ‚Wie einst in Südafrika – Israel plant Gesetz, das Menschenrechtsgruppen die Arbeit erschwert. Parallelen zum Apartheidstaat sind erschreckend‘, über dieses Gesetzesvorhaben in der Knesset: ‚Das Gesetzesvorhaben, über das die Knesset in Jerusalem zu entscheiden hat, kommt dem verblüffend nah, was zur Zeit der Apartheid in Südafrika galt.‘ Sigmar Gabriels Vergleich ist für jeden nachvollziehbar, der die Situation in Hebron selbst gesehen hat.

Ich habe in Hebron Fotos gemacht. Sie zeigen neun Meter hohe Mauern, Stacheldraht, Wachtürme und schwer bewaffnete israelische Soldaten mitten in der Stadt. Sie dienen dem Schutz einer verschwindend kleinen Gruppe von Siedlern und machen jedes normale Leben für die palästinensische Bevölkerung unmöglich. Netze, über den Basar gespannt, schützen die Menschen vor dem Unrat, den die Siedler über sie auskippen: stinkende Fischdosen, Gemüse- und Fleischabfälle und benutztes Toilettapier. Dies ist zutiefst demütigend und macht zornig. Auch Menschen in Israel. Wie Jitzhak Rabin, ehemaliger Ministerpräsident Israels, der 1993 ermordet wurde. Er warf den Siedlern vor: ‚Ihr Siedler seid nicht Teil der israelischen Gemeinschaft ... Ihr habt

euch außerhalb des jüdischen Rechts gestellt. Ihr seid eine Schmach für den Zionismus und ein Schandfleck für das Judentum.'

Ich würde mir wünschen, dass deutsche Politiker wie Gabriel nicht gleich zurückrudern, wenn sie Gegenwind bekommen, sondern deutlich zu ihrer Kritik stehen. Das ist im Interesse der Menschenrechte der palästinensischen Bevölkerung. Das ist aber auch im Interesse der Menschen in Israel, die eine friedliche Lösung des Konflikts zwischen Israel und Palästina wollen.“

**Lioba Meyer**  
**Osnabrück**

„Sigmar Gabriel hat gesagt, was er empfunden hat, als er die Verhältnisse in Hebron sah. Südafrikaner, wie zum Beispiel Bischof Tutu, haben nach Besuchen in den besetzten Palästinensergebieten etwas anderes gesagt: ‚Angesichts der Rechtlosigkeit und Unterdrückung der Palästinenser sind die Verhältnisse hier viel schlimmer, als die Apartheid in Südafrika je gewesen ist!‘ Dabei ist es jedoch besonders tragisch, dass der CDU-Außenpolitiker Philipp Mißfelder die typische Reaktion eines Israel-Lobbyisten zeigt – den Kritiker kritisieren, statt sich mit den Fakten auseinanderzusetzen.

Wenn den so genannten Israel-Freunden schon das Schicksal der Palästinenser gleichgültig zu sein scheint, so sollten sie zumindest versuchen, den beginnenden ‚Selbstmord‘ des Staates Israel aufzuhalten. Dieser Niedergang geschieht auf dreifache Weise:

- 1) Durch die israelische Siedlungspolitik wird die Zwei-Staaten-Lösung immer unwahrscheinlicher, aber mit der dann folgenden Ein-Staat-Lösung wird ‚Groß-Israel‘ aufgrund des demografischen Druckes der Palästinenser kein rein jüdischer Staat mehr sein.
- 2) Die wachsende Zahl orthodoxer Großfamilien (8–10 Kinder) hat eigene Schulen und widmet sich dem Studium des Talmuds. Sie arbeiten nicht, zahlen keine Steuern und leisten keinen Wehrdienst. Die anderen Bürger müssen für sie mitarbeiten.
- 3) Die sozialen Unruhen in Israel sind Ausfluss der fehlgeleiteten Wirtschafts- und Sozialpolitik, zu viel Geld fließt ins Militär, in die Siedlungen in den besetzten Gebieten, zu den Orthodoxen.

„Ein Staat ohne Demokratie, ohne Gleichheit, der sich selbst zu einem endlosen Krieg verurteilt hat, der von religiösen Fanatikern dominiert wird, in dem eine Kluft zwischen bitter Armen und einer Handvoll von unglaublich Reichen von Jahr zu Jahr breiter wird – solch ein Staat wird für intelligente junge Leute immer weniger attraktiv erscheinen [ . . . ], schreibt der israelische Friedensaktivist Uri Avnery zu diesen ‚tickenden Bomben‘ [ . . . ].“

**Jörg Alexander**  
**Osnabrück**